

SOZIALVERBAND

**VdK**

NIEDERSACHSEN-BREMEN



# Gemeinsam für ein soziales Niedersachsen

VdK-Förderungen zur  
Kommunalwahl am 13. September 2026



## Impressum

Herausgeber:  
Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.  
Nikolausstraße 11  
26135 Oldenburg  
Telefon: 0441 21029-0  
Fax: 0441 21029-10  
E-Mail: [niedersachsen-bremen@vdk.de](mailto:niedersachsen-bremen@vdk.de)  
Internet: [www.nb.vdk.de](http://www.nb.vdk.de)

Inhaltlich verantwortlich für diese  
Broschüre ist gemäß §5 TMG:  
Holger Grond (Landesgeschäftsführer)

Fotonachweis:  
Titelseite © denys\_kuvaiev, [stock.adobe.com](http://stock.adobe.com);  
© Dmitry Berkut, [stock.adobe.com](http://stock.adobe.com);  
© iStock, Lorado; © iStock, PeopleImages;  
S. 3 © Peter Himsel; S. 4, 6, 10, 14 © [www.pixabay.com](http://www.pixabay.com);  
S. 8 © [www.pexels.com](http://www.pexels.com); S. 12, 18 © Sozialverband VdK  
Deutschland; S. 16 © VdK Nds-HB.

Stand: März 2026

## ***Liebe Politikerinnen und Politiker, liebe Wählerinnen und Wähler,***

als Sozialverband VdK stehen wir seit mehr als 75 Jahren für soziale Gerechtigkeit und einen starken Sozialstaat ein.

Tag für Tag erleben wir, wie Menschen für ihr Recht kämpfen müssen – gegen Ämter, Behörden und Sozialversicherungsträger, aber auch gegen Vorurteile, Barrieren und Armut.



Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht durch Worte, sondern durch konkretes Handeln – vor Ort, in den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen appelliert deshalb an alle Kandidatinnen und Kandidaten der Kommunalwahl am 13. September 2026, soziale Fragen in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Nur wenn die Kommunen ihre soziale Verantwortung aktiv wahrnehmen, kann eine Gesellschaft entstehen, in der Teilhabe, Würde und Gerechtigkeit für alle Menschen möglich sind.

Als Sozialverband VdK haben wir die Politik vor Ort im Blick, stellen Fragen, diskutieren und kämpfen – für ein soziales Niedersachsen!

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass unser Bundesland für alle Menschen lebenswert ist!

***Ihr Friedrich Stubbe***

Vorsitzender des  
Sozialverbands VdK Niedersachsen-Bremen



Wohnen ist ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. Dennoch ist bezahlbarer Wohnraum in vielen Städten und Gemeinden zunehmend knapp. Besonders betroffen sind ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen mit geringem Einkommen und Menschen mit Behinderung. Barrierefreier Wohnraum fehlt an vielen Orten fast vollständig.

# Wohnen

## *bezahlbar, barrierefrei, bedarfsgerecht*

In Niedersachsen und Bremen sind die Mieten in den letzten Jahren deutlich gestiegen, während der soziale Wohnungsbau stark zurückgegangen ist. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen sieht die Kommunen in der Pflicht, Wohnungsversorgung wieder stärker als öffentliche Aufgabe zu begreifen. Kommunen müssen aktiv Bodenpolitik betreiben, Grundstücke sozial orientiert vergeben und selbst oder über kommunale Wohnungsunternehmen bezahlbaren Wohnraum schaffen. Auch Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit sind entscheidend, um Menschen zu ermöglichen, so lange wie möglich selbstbestimmt in ihren Wohnungen zu leben. Dabei spielen nicht nur die Barrierefreiheit innerhalb der Wohnung, sondern auch die der Umgebung sowie die Erreichbarkeit der Wohnungen eine entscheidende Rolle. Wohnungen für ältere oder mobilitätseingeschränkte Menschen dürfen nicht auf der „grünen Wiese“ stehen, sie müssen in eine gute Infrastruktur eingebunden sein.

### Der VdK verlangt:

- **Mehr sozial geförderten Wohnraum schaffen.**
- **Barrierefreiheit als Standard umsetzen.**
- **Wohnraumzweckbindung verlängern.**
- **Leerstand und spekulativen Wohnraum bekämpfen.**
- **Kommunale Wohnberatung ausbauen.**



Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe. Wer keine Möglichkeit hat, den Arzt, das Rathaus, den Arbeitsplatz oder kulturelle Angebote zu erreichen, wird ausgegrenzt.

# **Mobilität**

## **Erreichbarkeit ist auch Teilhabe**

Besonders im ländlichen Raum sind viele Menschen auf ein eigenes Auto angewiesen, weil Bus- und Bahnverbindungen fehlen oder zu selten fahren. Für Menschen mit Behinderung oder ältere Bürgerinnen und Bürger stellen Barrieren an Haltestellen oder in Verkehrsmitteln ein zusätzliches Hindernis dar und dies insbesondere dann, wenn sie auf Hilfsmittel wie zum Beispiel Rollator oder Elektromobil angewiesen sind. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert, Mobilität als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge zu verstehen. Kommunen müssen sich für ein engmaschiges, barrierefreies und bezahlbares Nahverkehrsnetz einsetzen und flexible Angebote wie Rufbusse oder Bürgerfahrdienste fördern. Nur so kann Mobilität als Voraussetzung für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet werden.

### **Der VdK verlangt:**

- **ÖPNV ausbauen und bezahlbar halten.**
- **Barrierefreie Mobilität sichern.**
- **Mobilitätsangebote im ländlichen Raum stärken.**
- **Fuß- und Radwege verbessern.**
- **Kommunale Verkehrswende sozial gestalten.**



Eine gute gesundheitliche Versorgung ist ein zentraler Bestandteil sozialer Sicherheit. Doch die Versorgungslage verschlechtert sich.

In Niedersachsen fehlen rund 450 Hausärzte; besonders groß ist die Versorgungslücke auf dem Land im Nordwesten und Osten Niedersachsens.

# Gesundheit Daseinsvorsorge sichern

Arztpraxen schließen, Krankenhäuser werden privatisiert oder zentralisiert und Fachkräfte fehlen. Gerade in ländlichen Regionen entstehen medizinische Unterversorgungsgebiete. Hinzu kommen Barrieren in Arztpraxen und Kliniken, die Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung den Zugang erschweren. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert, dass Kommunen in Zusammenarbeit mit Ländern und Kassenärztlichen Vereinigungen sowie Krankenkassen lokale Gesundheitszentren fördern, die Prävention, Pflege und medizinische Versorgung unter einem Dach anbieten. Gesundheit ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und darf nicht allein marktwirtschaftlichen Interessen überlassen werden. Deswegen lehnt der Sozialverband VdK ausschließlich renditeorientierte investorengetragene Versorgungszentren entschieden ab!

### Der VdK verlangt:

- **Kommunale Gesundheitszentren fördern.**
- **Gesundheitliche Prävention vor Ort stärken.**
- **Barrierefreie Gesundheitsversorgung sicherstellen.**
- **Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe verankern.**
- **Attraktive Bedingungen für Ärztinnen und Ärzte schaffen.**



Die Pflege älterer und hilfebedürftiger Menschen ist eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre. Schon heute fehlen in Niedersachsen und Bremen tausende Pflegekräfte. Pflegeeinrichtungen stehen unter wirtschaftlichem Druck, pflegende Angehörige leisten enorme Arbeit – oft am Limit ihrer Belastbarkeit.

## Unsere Forderungen zum Thema

# *Pflege nah, bezahlbar, menschlich*

Kommunen tragen eine zentrale Rolle bei der Koordination, Beratung und Planung pflegerischer Angebote. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert eine verbindliche kommunale Pflegeplanung, die den tatsächlichen Bedarf erfasst und auf regionale Besonderheiten eingeht. Pflegestützpunkte müssen flächendeckend erhalten und ausgebaut werden. Pflege darf nicht zur sozialen oder finanziellen Überforderung werden – sie muss wohnortnah, bezahlbar und menschlich bleiben.

### Der VdK verlangt:

- **Pflegestrukturplanung verbindlich machen.**
- **Pflegestützpunkte finanziell und personell ausbauen.**
- **Pflege in der Nachbarschaft fördern.**
- **Angehörige entlasten und entsprechende Angebote schaffen.**
- **Pflegekräfte in ihrer Arbeit unterstützen.**
- **Heimaufsicht stärken, um Kontrollmechanismen zum Schutz von Pflegebedürftigen zu gewährleisten.**



Armut ist für viele Menschen in Niedersachsen Alltag. Dabei handelt es sich nicht um individuelles Versagen, vielmehr drückt Armut strukturelle Ungleichheit aus. Aktuell sind laut Statistischem Landesamt 16,6 Prozent der Bevölkerung in Niedersachsen armutsgefährdet. Das entspricht etwa 1,34 Millionen Menschen.

# *Armutsbekämpfung ist kommunale Pflicht*

Armut betrifft in Niedersachsen und Bremen immer mehr Menschen – insbesondere Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner sowie Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen. Kommunen erleben die Folgen dieser Entwicklung täglich: steigende Nachfrage nach Sozialleistungen, überlastete Schuldnerberatungen und zunehmende soziale Spaltung. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert eine konsequente kommunale Armutsprävention. Dazu gehört eine enge Zusammenarbeit von Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Jobcentern und Zivilgesellschaft. Kostenfreie Bildungs- und Kulturangebote, Sozialpässe, Schulmaterialfonds und Hilfen bei Energie- und Mietschulden sind konkrete Instrumente, die Kommunen selbst gestalten können. Armut darf nicht als individuelles Versagen gesehen werden, sondern als gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die vor Ort angegangen werden muss.

### **Der VdK verlangt:**

- **Kommunale Armutsstrategien entwickeln.**
- **Kostenfreie Teilhabe an Bildung und Kultur sichern.**
- **Sozialberatung stärken und vernetzen.**
- **Energie- und Mietschuldenprävention fördern.**
- **Armut sichtbar machen – nicht verschweigen oder verurteilen.**



Der Klimawandel stellt für alle, vor allem aber für kranke, arme und alte Menschen, eine existenzielle Bedrohung dar. Sie leiden in besonderem Maße an sich häufenden Extremwetterlagen wie großer Hitze und deren Folgen. Klimaschutz muss daher sozial gerecht gestaltet werden. Alle Maßnahmen und Gesetze müssen die individuellen Situationen der Menschen einbeziehen und dürfen niemanden alleinlassen.

# Klima

## Soziale Klimapolitik gestalten

Klimaschutz ist eine der größten Aufgaben der Gegenwart – und eine soziale Frage. Die Folgen des Klimawandels treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart, da sie oft in schlecht isolierten Wohnungen leben, keine Rücklagen für steigende Energiepreise haben und kaum Möglichkeiten, auf ökologische Alternativen umzusteigen. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen betont, dass Klimaschutz sozial gerecht gestaltet werden muss. Kommunen können hier eine Schlüsselrolle übernehmen, etwa durch Energieberatungsprogramme, soziale Förderungen für Gebäudesanierungen und die gezielte Unterstützung einkommensschwacher Haushalte. Klimaschutz darf nicht zu sozialer Ausgrenzung führen, sondern muss Teilhabe und Gerechtigkeit fördern.

### Der VdK verlangt:

- **Klimaschutz sozial gerecht gestalten.**
- **Energiearmut bekämpfen.**
- **Öffentliche Gebäude energetisch sanieren.**
- **Klimaanpassung als soziale Aufgabe begreifen.**
- **Kommunale Hitzeschutzpläne erstellen.**



Demokratische Teilhabe ist das aktive Mitwirken aller Bürgerinnen und Bürger an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen – weit über das Wählen hinaus.

# *Politische Teilhabe Demokratie vor Ort stärken*

Demokratie lebt vom Mitmachen. Doch viele Menschen fühlen sich von Politik und Verwaltung nicht mehr vertreten. Komplexe Verfahren, Barrieren oder mangelnde Transparenz erschweren Beteiligung. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert, dass Kommunen Beteiligungsprozesse bürgernah, inklusiv und verständlich gestalten. Menschen mit Behinderung, ältere Bürgerinnen und Bürger sowie Menschen mit geringem Einkommen müssen ausdrücklich einbezogen werden. Barrierefreiheit, leichte Sprache und digitale Zugänge sind dafür unerlässlich. Senioren- und Behindertenbeiräte sind bei ihrer Gründung und in ihrer Arbeit zu unterstützen. Nur eine lebendige lokale Demokratie kann Vertrauen und Zusammenhalt fördern.

### **Der VdK verlangt:**

- **Barrierefreie politische Teilhabe sichern.**
- **Barrierefreiheit von Wahllokalen sicherstellen.**
- **Beteiligungsformate ausbauen, z.B. durch Bürgersprechstunden.**
- **Inklusion in kommunaler Politik verankern.**
- **Ehrenamt stärken und anerkennen.**



Soziale Gerechtigkeit entsteht dort, wo Menschen leben – in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Hier entscheidet sich, ob Menschen eine bezahlbare Wohnung finden, ob Busse und Bahnen regelmäßig fahren, ob Pflege und medizinische Versorgung erreichbar sind, ob öffentliche Räume barrierefrei gestaltet sind und ob gesellschaftliche Teilhabe tatsächlich möglich ist.

## *Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort*

Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen versteht Kommunalpolitik als gelebte Sozialpolitik. Die Kommunen tragen entscheidend dazu bei, die Lebensqualität der Menschen zu sichern. Sie sind Verwaltungs-, Versorgungs- und Gestaltungsräume zugleich – dort, wo das soziale Miteinander konkret wird. Doch viele Kommunen stehen unter Druck: Steigende Sozialausgaben, Fachkräftemangel, demografischer Wandel und knappe Haushalte machen es zunehmend schwieriger, soziale Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

Zur **Kommunalwahl am 13. September 2026** ruft der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen alle kommunalpolitischen Akteurinnen und Akteure dazu auf, soziale Fragen in den Mittelpunkt zu stellen. Eine sozial gerechte Kommune ist die Grundlage für ein solidarisches Miteinander, gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Stabilität.

Mit diesem Forderungspapier zeigt der VdK auf, in welchen zentralen Handlungsfeldern die Kommunen aktiv werden müssen, um soziale Gerechtigkeit nachhaltig zu sichern.

## Das sind wir – der Sozialverband VdK

Als größter Sozialverband Deutschlands machen wir uns stark für die, die sonst nicht gehört werden. Über 117.000 Mitglieder allein in Niedersachsen und Bremen vertrauen uns. Als unabhängiger Verband nehmen wir Einfluss auf die Sozialgesetzgebung. Unsere Mitglieder schätzen zudem die individuelle Rechtsberatung und das aktive Verbandsleben. Unsere Ehrenamtlichen sind in rund 250 Ortsverbänden auch bei Ihnen vor Ort aktiv.

Lernen Sie uns kennen:  
[www.nb.vdk.de](http://www.nb.vdk.de)



SOZIALVERBAND

**VdK**

NIEDERSACHSEN-BREMEN

